

ERGEBNISPROTOKOLL

zur Bürgerversammlung zum Haushaltsplanentwurf 2015 am 9. April 2015

Ort: Rathaus, Kornmarkt 12, Rathaussaal
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr

Sitzungsleitung:

Frau Pfeiler Sprecherin der AG Bürgerhaushalt

Teilnehmer:

Frau Dr. Hahn	Oberbürgermeisterin
Herr Dannenberg	Bürgermeister
Frau Klemm	i. V. für Frau Schöneich, Sozialdezernentin
Herr Miller	Baudezernent
Herr Huster	Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses

Gäste: ca. 50 Gäste

Frau Pfeiler begrüßt im Namen der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt die Anwesenden Bürgerinnen und Bürger. Weiterhin begrüßt Frau Pfeiler die anwesenden Vertreter der Stadtverwaltung Gera sowie den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses.

Frau Pfeiler bedankt sich bei der Landeswelle Thüringen, welche die heutige Sitzung aufnehmen wird und darüber berichten will. Für das Protokoll sollen Schallaufzeichnungen gemacht werden, damit die Vorschläge, Ideen der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen und später auch genutzt werden können.

Seitens der Teilnehmer besteht dazu Einverständnis.

Ablauf der Veranstaltung:

- TOP 1 Vorstellung des Haushaltsplanentwurfes 2015 durch Frau Dr. Hahn
- TOP 2 Zeitplan zum Haushalt und HSK 2015 durch Herrn Mike Huster
- TOP 3 Haushaltssicherungskonzept als Element des Haushaltentwurfes durch Herrn Dannenberg
- TOP 4 Präsentationen der Teilhaushalte durch die zuständigen Fachdezernenten
- TOP 5 Vorschläge, Ideen seitens der Teilnehmer der Veranstaltung

Vor Beginn der Veranstaltung gibt Frau Pfeiler zur Kenntnis, dass mit heutigem Datum die 2. Bürgerumfrage der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt zum Thema – Wirtschaftlichkeit und Attraktivität unserer Stadt – gestartet wird. Der Fragebogen kann online ausgefüllt werden. Hier wurde auf der Homepage der Stadt ein Link aufgeschaltet. Weiterhin können die Fragebögen in den Ortsteilen bei den Ortsteilbürgermeistern, im H35, in der Stadt- und Regionalbibliothek, im Stadtteilbüro Bieblach-Ost, in der Tonhalle, in der Bibliothek in Lusan sowie im Globus ausgefüllt werden.

Es folgen die Präsentationen der Oberbürgermeisterin, der Fachdezernenten sowie des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses zu den Tagesordnungspunkten TOP 1 bis TOP 4.

Die Präsentationen werden dem Festlegungsprotokoll als Anlage beigefügt.

TOP 5 Vorschläge, Ideen seitens der Teilnehmer der Veranstaltung

Frau Pfeiler bedankt sich für die Ausführungen und bittet nun die Anwesenden um Vorschläge Ideen und Anregungen.

Mit Beschluss des Stadtrates am 12.02.2014 wurde der Hebesatz für die Grundsteuer auf 600 % erhöht. Hat dieser Beschluss noch immer seine Gültigkeit?

Beantragung eines Schuldenschnittes beim Bund.

Bitte um Prüfung der Gleichbehandlung bei Grundsteuern für Eigentümer und Mietern von Eigentumswohnungen

Besteuerung von Reichen

Der Beschluss des Stadtrats zur Höhe der Hebesätze hat weiterhin seine Gültigkeit, so **Frau Dr. Hahn**. Er gilt somit auch für die Folgejahre. Dieser Beschluss hat auch Eingang in das Haushaltssicherungskonzept gefunden. Selbstverständlich versuchen wir die Steuerhebesätze zu senken auch den Gewerbesteuerhebesatz. Allerdings brauchen wir im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes andere Maßnahmen. Ein Schuldenschnitt wäre von Seiten der Oberbürgermeisterin auch am liebsten. Alle Gemeinden versuchen eine Entschuldung zu bekommen. Nach Auffassung der OB besteht dafür derzeit keine Aussicht mit Blick auf den Landeshaushalt. Des Weiteren stellt Frau Dr. Hahn fest, dass Grundeigentum immer gleich versteuert wird. Nach Auffassung der Oberbürgermeisterin zahlt der Mieter einer Eigentumswohnung monatliche Abschläge, vielmehr ist Frau Dr. Hahn hier der Auffassung, dass es eine Frage der Vereinbarung zwischen Mieter und Vermieter ist. Hier könnten beispielsweise die monatlich zu zahlenden Betriebskosten des Mieters erhöht werden. Dieses Problem liegt aber im Bereich des Zivilrechts und kann nicht mit der Höhe der Grundsteuer in Zusammenhang gebracht werden.

Eine Methode „Reiche“ anders zu besteuern kann Frau Dr. Hahn nicht sehen.

Herr Huster stellt fest, dass diese Sachverhalte nicht alle in dieser Veranstaltung geklärt werden können. Er schlägt daher vor, dass diese Problemlagen aufgenommen und geprüft werden.

Zur gesellschaftlichen Umverteilung sowie „Reiche“ zu besteuern gibt Herr Huster zur Kenntnis, dass ihm dieses Thema sehr nah sei. Jedoch gehört dies auf die Bundesebene und benötigt hier Mehrheiten. Die Steuererhöhungen sind essentiell wichtig, um überhaupt eine Chance zu erhalten ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu erhalten. Ohne Haushaltssicherungskonzept gibt es keine Chance vom Land Konsolidierungshilfen zu

erhalten, sprich die Verschuldung abzubauen und somit die Handlungsfähigkeit der Stadt wieder zu erlangen. Wer diese Zahlen in Frage stellt, muss versuchen eine Antwort darauf zu finden wie mit anderen Maßnahmen zu einem genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept gelangt werden kann. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer macht 1/3 des gesamten Haushaltskonsolidierungsvolumens aus.

Einsparungen im Stadtgebiet Gera im Rahmen der Reduzierung der Stadtbeleuchtung Winterdienst – dauerhafte Montage der Schneepflüge an den Fahrzeugen

Herr Miller gibt zur Kenntnis, dass die Verwaltung dabei ist systematisch die Straßenbeleuchtung Stück für Stück zu reduzieren. Sicherheitsfragen spielen dabei auch eine Rolle. Eine enge Kooperation gibt es hier mit der Polizei. Herr Miller sichert zu, dass der Hinweis speziell ländlicher Raum aufgenommen werde und eine Prüfung erfolge.

Zum Thema Winterdienst teilt er mit, dass es hierbei um den Fahrzeugtyp gehe. Es muss auch gewährleistet sein, dass kurzfristig ausgerückt werden kann. Herr Miller nimmt diesen Hinweis auf und sichert eine Zuarbeit an die AG Bürgerhaushalt zu.

Herr Schubert gibt zur Kenntnis, dass der Vorschlag der Verwaltung im letzten Jahr lautete, den Hebesatz der Grundsteuer B auf 650 % zu erhöhen und die Fraktion „Die LINKE.“ in diesem Zusammenhang auf ein solidarischeres Paket gedrängt. Daher gab es nun die Kombination aus der Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer. Alle Versuche nur die Grundsteuer zu erhöhen haben im Stadtrat wiederholt keine Mehrheit gefunden. Des Weiteren wurde damals zugesagt, dass wenn die Stadt Gera diese Mehreinnahmen erlässt, es eine Genehmigung des Haushaltsplanes 2014 geben wird. Diese Zusage des Landes wurde nicht eingehalten. Es braucht mehr Vertrauen zwischen der Verwaltung hier in Gera und zwischen den gewählten Vertretern, aber natürlich auch mehr Vertrauen zwischen der Ebene der Stadt und des Landes.

Die Möglichkeit des Schuldenschnittes gibt es aus seiner Sicht sehr wohl, dies wurde in Thüringen auch in den letzten Jahren immer mal wieder praktiziert, nämlich wenn Gemeinden zusammengelegt wurden.

Erhöhung der Wirtschaftskraft – Welche Aussichten bestehen, dass sich Wirtschaft ansiedelt? Gibt es konkrete Interessenten; natürlich unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen.

Die Stadt ist derzeit dabei „Cretzschwitz“ weiterzuentwickeln. Es laufen Gespräche mit der Energieversorgung und dem Zweckverband. Vorrangig soll auch die Entwicklung „Leumnitz-Süd“ erfolgen. Die letzten Splitterflächen werden auch versucht zu vermarkten, dies gestaltet sich recht schwierig, so **Frau Dr. Hahn**. Flächen über 1,5 ha stehen derzeit nicht zur Verfügung, die sofort verfügbar wären. Verhandlungen mit potentiellen Investoren laufen.

Auswirkungen der Insolvenz der Verkehrsbetriebe und der Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft auf den Haushalt 2015 sowie für die Bürger der Stadt.

Seitens der Verwaltung wurde die Arbeitsgruppe Stadtwerke 2.0 gegründet, so **Frau Dr. Hahn**. Diese ist im ständigen Kontakt mit dem Insolvenzverwalter. Die Stadt wird ihrer Pflicht ÖPNV nachkommen und die Teile des GVB wieder zur Stadt holen, damit sie ihrer Pflichtaufgabe auch weiterhin nachkommen kann. Weitere Verhandlungen stehen für den 10.05. an. Eine abschließende Entscheidung muss bis zum 30.09.2016 getroffen sein. Die entsprechenden Zuschüsse sind in die Haushaltsplanung integriert; auch für die Folgejahre. Die

Wirtschaftspläne der einzelnen Beteiligungen sind Bestandteil des Haushaltes. Der Flugplatz konnte an einen privaten Betreiber weitergegeben werden. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil, dass vorhandene Firmen an dieser Stelle auch erweitern. Schwerpunktmäßig muss auch die Bestandspflege der vorhandenen Unternehmen weiter betrieben werden um auch hier weitere Arbeitsplätze zu schaffen und vor allem die Arbeitsplätze zu sichern. Nicht nur Neuansiedlungen bedeuten Wirtschaftskraft, sondern auch die Erweiterung vorhandener Betriebe und auch Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze.

Der Insolvenzverwalter hält 74,9 % der Anteile der GWB Elstertal und dies ist derzeit auch nicht änderbar. 25,1 % hält die Stadt Gera, so **Herr Dannenberg**. Diese Anteile werden von Seiten der Stadt behalten. Für die 74,9 % gibt es einen ausgeschriebenen Investorenprozess. In Gesprächen mit dem Insolvenzverwalter hat die Stadt ihr Interesse geäußert, dass ein regionaler Investor kommt. Die Einflussnahme auf diesen Prozess wird als gering eingeschätzt. Seitens des Insolvenzverwalters wird eine Beteiligung und Einbindung der Stadt versucht. 10 Bieter haben nach Kenntnisstand des Bürgermeisters Interesse bekundet. Bei den Pflichtaufgaben ÖPNV kann die Stadt bestimmen, was sie fordert.

Er schlägt vor, dass seitens der Stadtverwaltung die Wirtschaftsförderung mit genügend Ernsthaftigkeit anzugehen sei. Neue Ansätze sollen gesucht werden, die Wirtschaftsförderung voranzubringen.

Wirtschaftsförderung ist eine freiwillige Leistung, so **Frau Dr. Hahn**. Hier wird um jeden Cent gerungen. Ebenso wurde Personal umgesetzt. Auch Personaleinsparungen erfolgten. Die Wirtschaftsförderung ist auf Langfristigkeit angelegt. Die Stadt wird durch Unternehmen unterstützt, weil gerade im Bereich der Wirtschaftsförderung Maßnahmen durchgeführt werden müssen, wo ein Eigenanteil der Stadt notwendig ist, der momentan nicht geleistet werden kann.

Herr Färber fordert die Beantwortung nachfolgender Fragen.

Im November 2013 hat GDF Suez angekündigt, dass die Gaskraftwerke abgeschrieben werden. Was ist hier geschehen bis die Abschreibung durchgezogen wurde? Wer hat die Wertgutachten zur Abwertung bestellt? Wer ist der Nutznießer dieser Vorgehensweise? Wer verschuldete die Insolvenz der Stadtwerke AG? Welche politischen Schritte wurden eingeleitet, um die möglichen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

Eine Aufgabe des Insolvenzverwalters wird sein, in seinem Bericht die Ursachen darzulegen, wie es zu dieser Insolvenz gekommen ist, so **Frau Dr. Hahn**. Daran wird derzeit gearbeitet. Der Insolvenzverwalter sieht seine Aufgabe darin möglichst viel zu erhalten und wieder in die Form Stadtwerke zu bringen. Des Weiteren schlägt Frau Dr. Hahn vor, dass die AG Bürgerhaushalt den Insolvenzverwalter zu einer der nächsten Sitzungen einlädt.

Herr Färber kritisiert die ausstehende Antwort seitens der Verwaltung auf seinen in der Sitzung vor 3 Wochen gestellten Antrag. Er fordert in diesem Zusammenhang das Recht auf Information ein. Ebenso kritisiert Herr Färber, dass die Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt keine näheren Erläuterungen zu HH-positionen erhalten. Hinzu käme, dass den Mitgliedern der AG kein Rederecht in den Ausschusssitzungen erteilt würde.

Des Weiteren ist nach Auffassung des Herrn Färber die Terminplanung für die Erstellung des Haushaltsplanes 2015 nicht zielführend. Abschließend bemängelt Herr Färber, dass aufgrund

der Nichteinbindung der Arbeitsgruppe in die Erstellung der Terminplanung keine Möglichkeit mehr bestehe, die am heutigen Tag gestartete Bürgerumfrage in den Haushaltsplanentwurf 2015 Eingang finden zu lassen.

Herr Huster stellt dar, dass sich nach seiner Auffassung alle Beteiligte am Anfang eines Prozesses befinden, welcher gemeinsam gestaltet werden soll. Er fordere daher von allen Akteuren Toleranz. Gemeinsam sollte an der Verbesserung des Verfahrens gearbeitet werden.

In diesem Zusammenhang verweist **Frau Pfeiler** darauf, dass die Ergebnisse der Bürgerumfrage in den zu erstellenden Haushaltsplan für das Jahr 2016 Eingang finden sollen. Der entsprechende Beschluss hierzu liegt vor.

Die zusätzliche Ausschreibung der Stelle eines Finanzdezernenten ist nach Auffassung von Herrn Klotz mit finanziellen Mehrkosten verbunden. Eine Aufnahme der Finanzthemen in den Aufgabenbereich des Bürgermeisters wäre aus seiner Sicht geeigneter gewesen.

In der Ist-Besetzung des Stellenplanes war die Stelle der Verwaltungsdezernentin nicht besetzt, so Frau Hahn. Personalkostenmäßig ist die Stelle des Finanzdezernenten aber niedriger als vorher die Stelle der Verwaltungsdezernentin.

Herr Klotz spricht sich für die Integration der Ergebnisse der diesjährigen Bürgerumfrage in den Haushaltsplanentwurf 2015 aus. Des Weiteren vermisse er mögliche Ideen zur Verbesserung der Haushaltslage der Stadt Gera. Die Gestaltungsräume im Bereich der Wirtschaftsförderung sollten erweitert werden.

Zum Sachverhalt ergeht der Vorschlag an die Verwaltung im Bereich der Wirtschaftsförderung das Personal aufzustocken sowie ggf. auch im Bereich Kultur.

Derzeit können die Investitionsmaßnahmen nicht getätigt werden, die eigentlich notwendig wären und die einem wirtschaftlich notwendigen Agieren entsprechen würden, so **Herr Miller**. Beispiel dafür wäre der Bauhof. Hier müssten Fahrzeuge schneller ersetzt werden, damit die Reparaturkosten nicht so hoch werden. Daraus folgend, dann auch Personal eingespart werden könnte. Investitionen die nachweislich rentierlich sind, können derzeit nicht geleistet werden.

Herr Dannenberg gibt zur Kenntnis, dass bei dem Beispiel Fahrzeuge dies auch noch nicht so ganz einfach sei. Das ist zwar ein direktes Ergebnis im Finanzplan und da hilft das auch tatsächlich. Aber dadurch, dass wir in einem doppischen Haushalt sind, ist dies negativ für den Ergebnisplan, weil die Stadt durch das Fahrzeug natürlich eine Investition hat, die wiederum Werte verzehrt bis 2023. Wenn dies im HSK bis 2023 dargestellt wird, habe ich durch die Investition im Ergebnisplan ein Negativa und im Finanzplan ein Positiva. Dies führt zu einer Nichtgenehmigungsfähigkeit des HSK und damit auch in eine Nichtgenehmigungsfähigkeit des Haushaltsplanes.

Ergänzend dazu teilt **Herr Huster** mit, dass die Wirtschaftsförderung als „freiwillige Leistung“ klassifiziert ist. Würde seitens der Verwaltung hier das Personal aufgestockt, müsste damit gerechnet werden, dass das HSK nicht genehmigt würde. Zu diesen Sachverhalten soll mit dem Land beraten werden, um die komplizierten Problemlagen darzustellen.

Nach Auffassung **Frau Hoffmann** kann diese Veranstaltung, aufgrund der Komplexität des Themas, nicht die Letzte gewesen sein. Diese Veranstaltung hat nur einen Sinn wenn weitere Veranstaltungen folgen. Frau Hoffmann spricht sich für die Weiterführung dieses Dialoges aus.

Aus den Ergebnissen der Bürgerumfrage aus dem Jahr 2013 konnte **Herr Klotz** lediglich die Straßenbeleuchtung als Maßnahme im Haushalt 2015 identifizieren. Weitere Maßnahmen waren nicht ersichtlich. Er bittet daher um Information zu

den Ergebnissen der Bürgerumfrage 2013 und dessen Integration in den Haushaltsplanentwurf 2015

In den Fachdezernaten sind die einzelnen Fragen der Bürger aufgenommen wurden, so **Frau Dr. Hahn**. Eingearbeitet wurden beispielsweise die Stadtbeleuchtung, Ampelanlagen. Auch Fragen der Wirtschaftsförderung sind in den HH 2015 eingeflossen. Eine Übertragung der Ergebnisse lässt sich an einigen Stellen nicht genau darlegen. Zum Personal der Stadtverwaltung wurde das Personalentwicklungskonzept erarbeitet. Die Hinweise zu Gebührenerhöhungen wurden seitens der Stadt aufgenommen. Die Gebührenerhöhung beispielsweise in der Bibliothek wurde noch nicht durchgeführt. Die Maßnahmen, welche eingearbeitet werden konnten, sind eingearbeitet.

Aufwertung des Kornmarkts allgemein sowie die vorhandene Straßenbeleuchtung

Besetzung der Stelle des Wirtschaftsförderers nach dem Vorbild Dortmunds

Besetzung der Stelle des Wirtschaftsförderers mit einer Persönlichkeit, die aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit in der freien Wirtschaft über beste Kenntnisse verfügt. Die Führung des Bereiches soll nach dem Vorbild Dortmunds auf ehrenamtlicher Basis erfolgen. Des Weiteren sollte ein täglicher Informationsaustausch zwischen dem Wirtschaftsförderer und der Oberbürgermeisterin erfolgen.

Abschließend bedankt sich Frau Pfeiler bei den Teilnehmern der Veranstaltung und beendet diese.

f.d.R.d.P.

Regina Pfeiler
Sprecherin der AG Bürgerhaushalt

Yvonne Becker
(Protokollführung)